Best Available Copy

Stolen vehicle recovery procedure

Patent number:

DE19520472 1996-12-05

Publication date: Inventor:

RITTER UWE DIPL PHYS (DE)

Applicant:

RITTER UWE DIPL PHYS (DE)

Classification: - international:

B60R25/00; B60R25/10; G07C5/08; G07C9/00; B60R25/10; G07C5/00; G07C9/00;PC1-7): B60R25/10; G07C5/00; B60R25/10; G07C11/00

- european:

B60R25/00; B60R25/10D2; G07C5/08R2B; G07C9/00B8

Application number: DE19951020472 19950603

Priority number(s): DE19951020472 19950603

Report a data error here

Abstract of DE19520472

The stolen vehicle recovery procedure involves an identification card (1) which is associated with an individual vehicle, together with another card (2), which is associated with an individual person. Both of these cards can be read electronically at a card-reading station (3), and the data obtained from them both is sufficient to confirm lawful use of the vehicle. Data extracted from the cards is passed on as a message (4) to a central data register and storage/analysis unit (5), where it is compared with previously-stored data. The results of the comparison (6) are then transmitted back to the requesting card reading station. Neither of the cards is necessarily attached to

Data supplied from the esp@cenet database - Worldwide

(9) BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND

® Offenlegungsschrift

DE 195 20 472 A 1

(51) Int. Cl.⁶: B 60 R 25/00

BER BER 16 GEN 10 CE GEN BE CEN CEN CO COL GEN CEN CEN CEN CEN CEN CE CON CON CONTRA CON CEN CEN CEN CEN CEN CEN

B 60 R 25/10 G 07 C 11/00



DEUTSCHES

PATENTAMT

② Aktenzeichen:

195 20 472.7

2) Anmeldetag:

3. 6.95

Offenlegungstag:

5. 12. 96

(7) Anmeider:

Ritter, Uwe, Dipl.-Phys., 89081 Ulm, DE

@ Erfinder: gleich Anmelder

(S) Verfahren und Anordnung zur schnellen Wiederauffindung entwendeter Kraftfahrzeuge

57 Die Erfindung betrifft ein Verfahren und eine Anordnung zur Wiederauffindung gestohlener Kraftfahrzeuge.

Das Verfahren ist dadurch gekennzeichnet, daß eine Code-Karte kfz- und halterbezogene Informationen enthält, die nur der Zulassungsstelle und/oder den Kfz-Versicherern und/oder Autovermietern bekannt sind. Über ein handelsübliches Ausweislesegerät werden bei Überprüfungen des Kfz die Daten gelesen und zum Vergleich einem zentralen Registen übermittelt. Das Ergebnis der Datenüberprüfung wird an die Fahrzeugkontrollstelle zurückgesendet, die dann gemäß des Ergebnisses handeln kann.

Das Verfahren beruht darauf, daß die Zulassungsstellen oder die Versicherungsgesellschaften die Code-Karte erstellen und dem Fahrzeughalter aushändigen. Kfz-überprüfende Stellen sind TÜV und/oder Zollstellen und/oder Polizeieinsatzfahrzeuge und/oder sonstige feste und/oder mobile Kontrollvorrichtungen.

Das Verfahren hat den Vorteil, daß vielfach vorhandene Vorrichtungen und Einrichtungen an Grenzübergängen, in Einsatzfahrzeugen, beim TÜV, genutzt werden können und dadurch das System äußerst preiswert gehalten werden kann.

Für den Erfolg des Wiederfindens eines gestohlenen Fahrzeugs ist für das angemeldete Verfahren eine Verlustmeldung nicht zwingend erforderlich.

Die Erfindung betrifft ein Fahrzeugüberpnüfungsund Alarmsystem und ein dazugehöriges Betriebsverfahren gemäß dem Oberbegriff des Anspruchs 1.

Die Erfindung der genannten Art wird zur Unterstützung des Wiederauffindens entwendeter Fahrzeuge eingesetzt vorwiegend an Grenzübergängen.

Der Erfindung liegt die Aufgabe zugrunde, eine Anordnung und ein Verfahren zu realisieren, mittels dem 10 mit großer Zuverlässigkeit Kraftfahrzeuge ohne große Aufwände wiederbeschafft werden können, bzw. eine Verbringung außer Landes erheblich erschwert wird.

Die erfindungsgemäße Lösung der Aufgabe ist in dem Patentanspruch 1 beschrieben. In den Unteransprüchen 15 sind bevorzugte Anwendungen der Erfindung aufge-

Der erfindungsgemäße Lösungsgedanke besteht darin, daß anordnungsmäßig alle Kraftfahrzeuge nur durch Mitführen von fahrzeug- und personenabhängigen co- 20 dierten Datenträgern gegen Diebstahl abgesichert sind, die von einem geeigneten Lesegerät entschlüsselt und mit Daten in einem zentralen gespeicherten Register verglichen und identifiziert werden.

Die Code-Karte ist vorzugsweise eine Karte, die elek- 25 tronische Daten gespeichert hat, vorzugsweise wie sie von Kreditkarten her bekannt ist.

Die Datenerfassungsvorrichtung ist ein handelsübliches Ausweislesegerät mit Schnittstelle zu einem Kommunikationsnetzwerk, über das die Daten an ein zentra- 30 les Register übertragen werden.

Die Kommunikation mit dem zentralen Register erfolgt über beliebige Datenübertragungsmedien, vorzugsweise Telefonleitungen.

Das zentrale Register ist eine Datenverarbeitungs- 35 und -auswertevorrichtung, vorzugsweise der Fahndungsbehörden und/oder Zulassungsbehörden, mit entsprechender funktionaler Software.

Der Fahrzeugführer führt eine kfz-bezogene Code-Karte mit sich. Die Code-Karte enthält Daten, wie Zu- 40 lassungsnummer, Fahrgestellnummer, Fahrzeugtyp, Hersteller, Baujahr, Farbe, Fahrzeughalter mit Telefonnummer(n) und in codierter Form die Namen von berechtigten Fahrern bzw. Firmenname oder Name der Autovermietung. Dieselben Daten sind in einem zentra- 45 len Register, vorzugsweise einer Datenverarbeitungsund -auswertevorrichtung, gespeichert. So können die Daten der mitgeführten Code-Karte mit den Daten im zentralen Register verglichen werden, sobald die Daten der Code-Karte über ein Lesegerät an dieses gesendet 50 werden. Zur Absicherung kann das Verfahren so ausgelegt sein, daß sich der Fahrer zusätzlich über eine zweite, persönliche Code-Karte mit seinen Personalien legitimieren muß, die mit einem der berechtigten Namen der Code-Karte übereinstimmen muß. Das spart Grenz- 55 personal und kann auch an unbesetzten Grenzübergängen verwendet werden. Bei Unstimmigkeiten mit den Registerdaten wird ein Alarm ausgelöst, der auch an abgesetzte Polizei- und/oder Grenzstellen übermittelt werden kann.

Das Verfahren hat den Vorteil, daß vielfach vorhandene Vorrichtungen und Einrichtungen an Grenzübergängen, in Einsatzfahrzeugen, beim TÜV, genutzt werden können und dadurch das System äußerst preiswert gehalten werden kann.

Für den Erfolg des Wiederfindens eines gestohlenen Fahrzeugs ist für des angemeldete Verfahren eine Verlustmeldung nicht zwingend erforderlich.

- 1. Verfahren zur Ermittlung von entwendeten Kraftfahrzeugen, dadurch gekennzeichnet, daß zu jedem Fahrzeug eine fahrzeugbezogene Identifizierungskarte (1) und eine personenbezogene Identifizierungskarte (2) elektronisch über ein Lesegerät (3) abgefragt werden kann, die abgefragten Daten als Telegramm (4) an eine Datenerfassungs-, -speicher- und -auswertevorrichtung als zentrales Register (5) weitergeleitet werden, mit dort gespeicherten Daten verglichen werden und ein Ergebnismeldung (6) an die anfragende Station (3) zurückgeschickt wird.
- 2. Verfahren nach Anspruch 1, daß nur Daten von Fahrzeug und getrennt davon vom Fahrer zur Identifizierung der rechtmäßigen Nutzung benötigt werden.
- 3. Fahrzeugbezogene Identifizierungskarte (1) und personenbezogene Identifizierungskarte (2) sind nicht notwendigerweise mit dem Fahrzeug verbunden.
- 4. Anordnung zur Durchführung des erfindungsgemäßen Verfahrens nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, daß die Karten mit den fahrzeug- und personenbezogenen Daten nacheinander in ein geeignetes Lesegerät (3) geschoben werden, die Daten ausgelesen werden und zum Vergleich mit den gespeicherten Daten an ein abgesetztes Register (5) über ein beliebiges geartetes Kommunikationsmedium (4 und 6) gesendet werden.
- 5. Anordnung zur Durchführung des erfindungsgemäßen Verfahrens nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, daß geeignete Sperr- und Archivierungsvorrichtungen (8), vorzugsweise Lichtschranken, Alarm ausgelöst werden, vorzugsweise durch die Anordnung gemäß Anspruch 7, wenn die Lesevorrichtung nicht gemäß Verfahren in Anspruch 4 bedient wird.
- 6. Anordnung zur Durchführung des erfindungsgemäßen Verfahrens nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, daß die Rückmeldung in einem Alarmprozessor (7) interpretiert
- 7. Anordnung zur Durchführung des erfindungsgemäßen Verfahrens nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, daß der Alarmprozessor Schnittstellen zur Steuerung mechanischer Sperr-Vorrichtungen und/oder automatischer Kameras besitzt und/oder Kommunikationsverbindungen zu behördlichen Dienststellen schaltet.

Hierzu 1 Seite(n) Zeichnungen

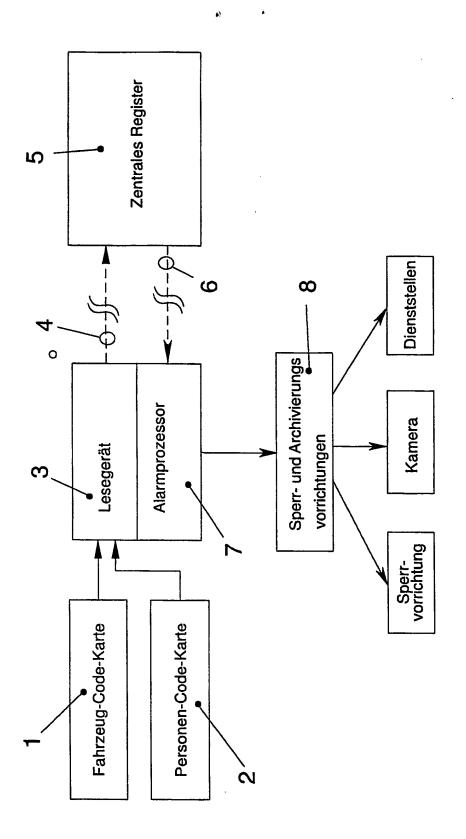


Fig.